

Zürich, 4. September 2024

Totalrevision der Entschädigungsverordnung:

Gemeinderat will sich das Gehalt verdoppeln – dagegen ergreift die SVP das Referendum

Die Mehrheit im Städtzürcher Gemeinderat will sich selbst die Bezüge verdoppeln. Die SVP akzeptiert diesen schamlosen Griff in die Stadtkasse nicht und wird gegen die überrissenen Entschädigungsverordnung das Volksreferendum ergreifen.

Heute findet im Zürcher Gemeinderat die erste Lesung der totalrevidierten Entschädigungsverordnung des Gemeinderats (EntschVO GR) statt. Mit dieser will sich die grosse Mehrheit des Stadtparlaments selbst das Gehalt verdoppeln. Die SVP hat sich als einzige Partei bereits 2022 entschieden gegen den entsprechenden Beschlussantrag gewehrt.

Nach Abschluss der Beratung durch die Geschäftsleitung des Gemeinderates muss die SVP nun leider feststellen: **Es ist noch schlimmer gekommen, als erwartet.** Im Städtzürcher Milizparlament sind exorbitante «Gehaltserhöhungen» vorgesehen. So soll unter anderem die monatliche Grundentschädigung der Mitglieder des Parlaments von 260 auf 1000 Franken fast vervierfacht werden.

Dazu kommen Sitzungsgelder bis 180 Franken bei einer einstündigen Kommissionssitzung!

Die neuen «Politikergehälter» werden auch zukünftig von der Anzahl und Dauer der Sitzungen abhängen. Berechnungen lassen befürchten, dass sich die Entschädigungen der Gemeinderäte am Ende ungefähr verdoppeln dürften.

In einer Zeit, in der der Mittelstand den Gürtel enger schnallen muss, «bereichern» sich die mitverantwortlichen Politiker schamlos an Steuergeldern – anstatt der Bevölkerung mittels struktureller Reformen und Steuersenkungen endlich das Leben zu erleichtern. Aus diesem Grund wird die SVP die überrissene Entschädigungsverordnung mit dem Volksreferendum bekämpfen.

Für weitere Auskünfte:

Gemeinderat Roger Bartholdi, Spezialkommission Entschädigungsverordnung: 076 566 00 66
Gemeinderat Samuel Balsiger, Fraktionspräsident: 076 241 75 76
